



TANK
Cartier

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Donnerstag, 31. März 2022 · Nr. 76 · 243. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.10

Bundesrat streitet um Überflugsrecht

Absage an Nato-Mitglied Kanada



Kanada wollte Kriegsmaterial über die Schweiz transportieren. Verkehrsministerin Sommaruga war einverstanden, Verteidigungsministerin Amherd ebenfalls. Doch dann schaltete sich das Ausserministerium ein.

FABIAN SCHÄFER, TOBIAS GAFAFER

Der Bundesrat ist auf dem falschen Fuss erwisch worden. Nach Beginn des russischen Kriegs gegen die Ukraine benötigte er mehrere Tage, um sich zu sortieren. Nach einiger Verwirrung und noch mehr Kritik kam ein klarer Entscheid zustande: Die neutrale Schweiz übernimmt in diesem Konflikt grundsätzlich die Sanktionen der EU.

Damit ist aber nicht alles geklärt. Die Auslegung der Neutralität führt in Bern weiterhin zu Spannungen. An seiner Sitzung vom Mittwoch musste sich der Bundesrat gemäss mehreren gut informierten Quellen mit einer heiklen Anfrage des Nato-Mitglieds Kanada befassen. Oder besser gesagt: Er hätte sich damit befassen müssen. Denn kurz vorher hatte das Ausserdepartement (EDA) von Bundespräsident Ignazio Cassis das Geschäft auf dem «kurzen Dienstweg» bereits erledigt, obwohl es in dieser Sache nicht federführend ist.

Der Reihe nach: Kanada wollte Kriegsmaterial von England nach Italien transportieren. Zu diesem Zweck hat Ottawa in Bern um eine Bewilligung für einen Überflug ersucht. Für solche Anfragen ist das Bundesamt für Zivilluftfahrt zuständig. Es entscheidet nicht im Alleingang, sondern zieht stets die Luftwaffe sowie die Direktion für Völkerrecht bei. Somit sind drei Departemente und ebenso viele Bundesratsmitglieder involviert: die Verkehrsministerin Simonetta Sommaruga, Viola Amherd als Verteidigungsministerin und der Ausserminister Cassis. Die Federführung liegt bei Sommaruga.

Das Geschäft unauffällig aus dem Weg zu räumen – im Wissen, dass ein Entscheid in dieser Sache im In- und Ausland Kontroversen auslösen könnte.

Der Bundesrat hat sich bereits am 11. März mit Überflügen im Kontext der Ukraine-Krise befasst. Damals fällt er zwei Grundsatzentscheide: Keinesfalls dürfen Armeeflugzeuge der Konfliktparteien den Schweizer Luftraum zu militärischen Zwecken benutzen. Dasselbe gilt auch für alle anderen Staaten, falls der Überflug der militärischen Unterstützung einer Konfliktpartei dient. Gemeint sind damit namentlich Lieferungen von Waffen oder Munition. Ausnahmen sind aus humanitären oder medizinischen Gründen möglich. Eine Frage blieb damit offen: Was gilt bei Lieferungen von einem Nato-Staat in den anderen? Schliesslich ist die Nato keine

Krieg in der Ukraine

Schweiz: Der Elcom-Präsident will Gaskraftwerke bauen. Seite 11

Deutschland: Was passiert, wenn die Gaslieferungen ausbleiben? Seite 25

Kommentar: Mit einem raschen Frieden ist nicht zu rechnen. Seite 21

Konfliktpartei. Der Bundesrat wollte dies nicht generell festlegen. Er hielt lediglich fest, Gesuche von «erheblicher politischer Tragweite» müssten immer dem Gesamtgremium vorgelegt werden.

Umweg fliegen statt warten

Das Vorgehen des EDA hat nun aber dazu geführt, dass die politische Güterabwägung im vorliegenden Fall obsolet wurde. In den letzten Wochen sollen schon andere Gesuche zurückgezogen worden sein. Offenbar nehmen Nato-Staaten lieber Umwege in Kauf, als den Ausgang der neutralitätspolitischen Diskussionen in Bern abzuwarten.

Kritik an «Geheimdiplomatie»

Die für die Schweiz ungemütlichen Fragen aber bleiben damit offen. Sollte das Land nicht ein ureigenes Interesse daran haben, dass die Nato ihr Verteidigungsdispositiv möglichst effizient rechterhalten kann? Die Befürworter argumentieren auch mit der europäischen Solidarität angesichts der russischen Aggression. Zu hören ist zudem der Hinweis, das Verbot der Überflüge sei scheinheilig, weil es hier um Länder gehe, in welche die Schweiz Waffen exportiere. Die Gegenseite argumentiert, bei Exporten gebe es Kontrollen, um zu vermeiden, dass die Waffen in andere Hände gerieten. Wenn jedoch ein Nato-Land heute Waffen beispielsweise nach Polen liefere, sei es möglich, dass diese in der Ukraine landeten. Deshalb gebiete die Neutralität, solche Überflüge zu untersagen.

Als der Bundesrat am Mittwoch zusammentrat, war die Luft schon draussen. Das EDA hatte in der Zwischenzeit bei der kanadischen Botschaft interveniert und sie gebeten, das umstrittene Gesuch zurückzuziehen. Die Kanadier folgten der Aufforderung. Dem Vernehmen nach wurde ihnen signalisiert, dass die Chancen ihres Gesuchs ohnehin nicht gut seien. Laut den Quellen erfolgte die Intervention ohne Wissen des Departements Sommaruga. Entsprechend gross soll der Unmut sein. Man hört, auch Gegner des Gesuchs seien befremdet über die «Geheimdiplomatie» des EDA. Dessen Absicht war offenkundig, das schwie-



DOMINIC NAHR / NZZ

Die Mönche, die als Freunde Putins gelten

Das Kloster Potschajiw ist eines der wichtigsten Heiligtümer der Ukraine. An den Prozessionen zu hohen Feiertagen nehmen jeweils Tausende Menschen teil. Doch das Kloster ist dem Moskauer Patriarchat unterstellt, das sich hinter den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gestellt hat. Diakon Georgi (rechts) und die 250 Mönche im Kloster geraten daher zunehmend zwischen die Fronten. *International, Seite 4, 5*

Auch die letzten Masken fallen

Nach zwei Jahren Pandemie kehrt die Schweiz am Freitag zur normalen Lage zurück

bin. Bern · Wie angekündigt, hat der Bundesrat am Mittwoch beschlossen, auch die letzten Massnahmen gegen das Coronavirus aufzuheben. Ab Freitag entfällt die Isolationspflicht für positiv getestete Personen. Und die Maske muss weder im öffentlichen Verkehr noch in den Gesundheitseinrichtungen getragen werden. Damit kehrt die Schweiz nach zwei Jahren Pandemie zurück zur normalen Lage. Der Freitag hätte das Potenzial, zum Feiertag ausgerufen zu werden. Aber die angekündigte Normalität hat in den Köpfen und im Verhalten der breiten Bevölkerungs-

schicht längst Einzug gehalten. Die Zertifikatspflicht, die umstrittenste Massnahme, wurde bereits Mitte Februar aufgehoben. Und ohnehin: Seit dem Einmarsch von russischen Truppen in der Ukraine hat sich der öffentliche und mediale Fokus augenfällig verschoben. Auch der zuständige Gesundheitsminister Alain Berset macht den Eindruck, mit der Pandemie weitgehend abgeschlossen zu haben. Nach zwei Jahren Krisenmanagement sei er froh, sich nun wieder mit dem politischen Alltag zu beschäftigen, etwa mit der Reform der

beruflichen Vorsorge. Gleichzeitig bedeutet die normale Lage, dass nun wieder die Kantone in der Verantwortung stehen. Der Bundesrat hat hierfür ein Grundlagenpapier in die Konsultation geschickt. Laut diesem müssen die Kantone die Strukturen etwa fürs Impfen, Testen oder fürs Contact-Tracing bereithalten. Auch der Bundesrat geht davon aus, dass die Fallzahlen im Herbst wieder steigen könnten. Bis dahin müssten die Kantone bereit sein, sagte Berset. *Schweiz, Seite 9 Meinung & Debatte, Seite 21*





Vorposten Putins oder Bastion des wahren Glaubens in der Ukraine? Am Kloster von Potschajiw, das etwa 140 Kilometer von Lwiv entfernt liegt, scheiden sich die Geister.

IVO MIJNSSSEN (TEXT), DOMINIC NAHR (BILDER), POTSCHAJIW

Wenn in der Westukraine der Name Potschajiw fällt, zuckt das Gegenüber zusammen. «Zu den Russen wollen Sie?», fragt der Soldat an der Strassensperre misstrauisch und unterzieht Auto wie Presseausweise einer genauen Prüfung. «Passen Sie nur auf.» Nach einer Inspektion des Kofferraums lässt er uns passieren, in Richtung der goldenen Zwiebeltürme, die in der Morgensonne glitzern. Das prächtige orthodoxe Kloster thront auf einem Hügel des Städtchens Potschajiw, seit Jahrhunderten eine Bastion des «wahren» Glaubens in einer politisch oft unwirtschaftlichen Region.

Am Eingangstor wartet Diakon Georgi vor einem riesigen Bild der Gottesmutter. «Sie hat viele Wunder vollbracht», erzählt der 40-Jährige und führt uns in die Mariä-Entschlafens-Kathedrale. Georgi zeigt auf die laut Legende 1240 entdeckte Heilwasserquelle und die Krücken derer, die dank der Marien-Ikone wieder hätten gehen können. Die Gottesmutter habe das Kloster immer vor Kriegen bewahrt: 1675 habe sie die Pfeile der Türken gegen die Belagerer gewandt, und im Zweiten Weltkrieg habe sie die deutschen Bomben ausserhalb des Heiligtums niedergehen lassen. «Sie wird uns auch heute retten.»

«Zentrum der Moskautreue»

Georgi und die 250 Mönche im Kloster wissen, dass Russlands Angriffskrieg ihre Position noch prekärer hat werden lassen, als sie ohnehin schon war: «Zentrum der Moskautreue» nannte eine russische Zeitung die Anlage vor vier Jahren. Als eine von drei «Lawras» trägt sie den höchsten Ehrentitel innerhalb

der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche, die dem Moskauer Patriarchat unterstellt ist. Diese gilt als prussisch und weigert sich, die Autorität der 2019 gegründeten nationalen orthodoxen Kirche anzuerkennen (siehe Zusatz).

Die Moskautreue der religiösen Enklave sorgt dafür, dass sie zunehmend zwischen die Fronten gerät: Die Notwendigkeit, die angeblich geschundenen «Rechte der Gläubigen» zu schützen, war Ende Februar eine zentrale Rechtfertigung Putins für den Einmarsch. Patriarch Kirill, das Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche, hat sich bereitwillig in den Angriffskrieg einspannen lassen. Er sieht die «Heilige Rus», deren politische und religiöse Wiege im 10. Jahrhundert in Kiew lag, als einheitlichen Raum mit einem einzigen grossrussischen Volk, das unter Moskauer Führung wiedervereinigt werden müsse. Alle Gegner dieses Projekts sind für ihn «Kräfte des Bösen», die auch militärisch bekämpft werden müssten.

Die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchats erlebte die «Befreiung» allerdings als Schock. Ihr geistliches, Kirill unterstelltes, Oberhaupt Metropolit Onufri bezeichnete Putin bereits am ersten Tag als «Angreifer» und rief ihn dazu auf, den «Bruderkrieg» sofort zu beenden. «Krieg ist Irrsinn und eine grosse Sünde», sagt auch der Priestermonch Gawril. Drei Stunden lang hat er soeben auf seinem erhöhten Beichtstuhl in der Kathedrale von Potschajiw den Problemen und Sünden der Gläubigen gelauscht, umgeben von barocken Prunkgemälden, Ikonen und Christusfiguren. Auf einem Tisch stehen Brot und Äpfel zur Erinnerung an die Verstorbenen. «Wie können uns die Russen befreien, wenn sie uns umbringen?», fragt Gawril. In milderem Worten bat auch

Das Kloster von Potschajiw gerät zwischen die Fronten

Für die prussische Orthodoxe Kirche in der Ukraine wird der Krieg zur Zerreihsprobe, zumal der Patriarch in Moskau das gewaltsame Vorgehen Putins rechtfertigt.

der Abt von Potschajiw den Patriarchen Kirill, das Blutvergessen zu beenden.

Seither bleibt die Lawra still. «Wir können nur beten und jenen helfen, die unter dem Krieg leiden», erklärt Gawril. Stolz führt er uns durch die Zimmer für die 500 Flüchtlinge, die im Hotel des Klosters eine komfortable Unterkunft gefunden haben. Die Frauen aus dem Osten der Ukraine danken dem Priestermonch Gawril für das Essen und das warme Bett, Novizen küssen ihm als Zeichen der Ehrerbietung die Hand.

Beten für Russland

Die absolute kirchliche Autorität, die sich in den Klostermauern erhalten hat, macht Potschajiw zu einer orthodoxen Parallelwelt, die sich vom Rest der Westukraine isoliert, ein Mikrokosmos, geprägt durch Wunderglauben und ein erzkonservatives Gesellschaftsbild. Bei anderen Religionsgemeinschaften stösst die Lawra auf Misstrauen: «Das ist der westlichste Aussenposten nicht nur der Russischen Orthodoxen Kirche, sondern auch von Putins Propaganda», meint Bohdan Prach, der Rektor der Katholischen Universität, die in einem Campus im Zentrum von Lwiv untergebracht ist.

Der 61-Jährige ist ein Vertreter der Griechisch-Katholischen Kirche. Sie steht der ukrainischen Nationalbewegung nahe und hat im Westen ihre Hochburgen. Mit Potschajiw verbindet sie eine schwierige Geschichte, da das Kloster im Zuge der russisch-polnischen Kriege zwischen Orthodoxie und Katholizismus wechselte, bevor es 1833 unter Moskauer Kontrolle zur Lawra wurde. Prach geht es jedoch um die jüngste Vergangenheit: «Wir können die Positionen und Worte der Mönche», sagt der Intellektuelle. «Sie waren von Hass und



Rund 500 Flüchtlinge haben im Hotel des Klosters Zuflucht gefunden.

linge zu. Es gibt Borschtsch und Salat, ukrainische Teigtaschen und Klösschen aus Buchweizen. Der Küche stünden auch Fleisch und Milch von 60 Kühen aus der klostereigenen Landwirtschaft zur freien Verfügung. Doch während der Fastenzeit isst man vegan.

Dass das Kloster manche Felder kostenlos verwenden kann, sorgt im Städtchen Ternopil aber regelmässig für Kontroversen. Die Nutzungsrechte übertrug im Jahr 2003 der damalige Ministerpräsident Janukowitsch an die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchats – fast bedingungslos und auf Jahrzehnte Versuche der Politik, diese Privilegien zu beschneiden, scheiterten bisher ebenso wie ein Plan der Regierung, das Kloster der orthodoxen Kirche der Ukraine zu übertragen.

Die russlandfreundliche Kirche klagte immer wieder erfolgreich gegen Enteignungen. Dass der rechtsstaatliche Schutz in der Ukraine – im Gegensatz zum benachbarten Russland – auch für wenig «patriotisch» gesinnte Institutionen gilt, spricht klar gegen die von Putin und Kirill behauptete pauschale Unterdrückung der Kirche.

Forderung nach Enteignung

Gawril nimmt eine widersprüchliche Position ein, wenn er über die Lage des Klosters in der politischen Landschaft spricht. Er wolle dazu wenig sagen, um die Stimmung nicht weiter aufzuheizen, meint er, und differenziert zugleich kaum, wenn er Kritiker und Gegner pauschal als «radikale Kräfte» bezeichnet. Die «Hilfe» aus Russland in Form der Invasion lehnt der 55-Jährige dennoch klar ab. «Wir haben Putin nicht darum gebeten, uns zu verteidigen», stellt er klar. «Wir haben ihn nicht eingeladen.»

Den Patriarchen verteidigt er trotzdem: Kirill sei falsch über die Situation informiert, glaubt Gawril – oder gibt es zumindest vor zu glauben. Fünfzehn Bistümer seiner Kirche haben ihren Priestern hingegen empfohlen, in den Messen nicht mehr für Kirill zu beten. Der Patriarch seinerseits kritisiert die Untreue jener Glaubensbrüder in der Ukraine, die sich politischem Druck beugen.

Mit ihrem Lavieren droht die Lawra von Potschajiw beide Seiten zu vergraulen: Kirill interpretiert das bereite Schweigen als Feigheit, während es der katholische Theologe Bohdan Prach als stillschweigende Duldung der Invasion versteht. «Für mich sind diese Mönche nichts als Kollaborateure», stellt er klar. «Sie müssen das Kloster an die orthodoxe Kirche der Ukraine übergeben.» Die demokratischen und rechtlichen Hürden, die solchen Initiativen bis anhin im Weg standen, könnten bei einem anhaltenden Kriegszustand wegfallen. Einstweilen geht das Leben in der Enklave des Moskauer Patriarchats weiter, auch wenn die Nervosität steigt. Anfang März kam es aufgrund von anonymen Warnungen über Waffen im Kloster zu einer ergebnislosen Durchsuchung durch die Polizei. Sie rief die «Hitzköpfe» dazu auf, ruhig zu bleiben. Die Gegenwart, dies gesteht Gawril ein, mache ihm Sorgen, «und die Zukunft wird so sein, wie Gott das will». Trost findet er in der Vergangenheit: Dass das Kloster trotz allen politischen Verwerfungen der letzten zwei Jahrhunderte stets offen blieb, sieht er als das grösste Wunder von allen.

Mitarbeit: Daria Badior

Der Kirchenstreit der ukrainischen Orthodoxen

mij. - Zwei Drittel der Ukrainerinnen und Ukrainer bekennen sich zum orthodoxen Glauben. Doch die Kirchen sind zerstritten: Die meisten Gläubigen gehören der nationalen Orthodoxen Kirche der Ukraine an, darauf folgt eine grosse Gruppe, die ihre Orthodoxie mit keiner Richtung verbindet. Weniger als zwanzig Prozent sind Anhänger der prussischen Ukrainisch-Orthodoxen Kirche Moskauer Patriarchats.

Den Kern des Kirchenstreits bildet die Frage der religiösen Vorherrschaft. Diese war im Gebiet der heutigen Ukraine aufgrund des Wettstreits der Grossmächte und der orthodoxen Zentren Kiew, Moskau und Konstantinopel über Jahrhunderte umstritten und politisiert. Seit dem Ende der Sowjetunion wehren sich ukrainische Kirchen gegen Russlands

Kontrollanspruch, der durch die Allianz zwischen Patriarch und Kreml eine geopolitische Komponente hat.

Den Höhepunkt erreichte der Konflikt 2018, als Petro Poroschenko seine Präsidentschaftskampagne unter dem Slogan «Armee, Sprache und Glauben» stellte, wie die Theologin Regina Elsner erklärt. «Das Ergebnis war die Anerkennung der orthodoxen Kirche der Ukraine durch den Patriarchen in Konstantinopel, dem Primus inter Pares.»

Während Poroschenko zusammen mit dem neuen Metropolitom am 6. Januar 2019 nach Istanbul fuhr, um den Erlass zur Gründung der Kirche entgegenzunehmen, verurteilten Kirill und das Moskauer Patriarchat das Vorgehen als eine von Nationalisten herbeigeführte Kirchenspaltung. Die meisten Ukrainer er-

achten die Gründung einer nationalen orthodoxen Kirche jedoch als notwendig für die Stärkung der eigenen Identität und die Zurückbindung des russischen Einflusses.

Mehr als 600 Gemeinden des Moskauer Patriarchats sind inzwischen zur nationalen Kirche übergetreten, nicht immer rechtskräftig – 50 alleine seit Kriegsbeginn. Elsner mutet sich noch kein Urteil zu, ob die Abwanderung zur Massenbewegung wird. Es habe sich grosses Misstrauen zwischen den Kirchen angesammelt. «Viele zögern deshalb» Umfragen von Mitte März zeigen aber, dass fast zwei Drittel der Ukrainer die prussische Kirche inzwischen ablehnen. Selbst unter deren Gläubigen spricht sich mehr als die Hälfte für einen kompletten Bruch mit Moskau aus.

Moskau errichtet ein Terrorregime

Verstösse gegen Völkerrecht in den besetzten Gebieten

ULRICH VON SCHWERIN

Die Russen kamen am frühen Morgen, umstellten das Haus und drangen dann in die Wohnung von Olexandr Kniga ein. Mit vorgehaltener Waffe wurde der Direktor des Theaters von Cherson zum Auto gebracht und mit verbundenen Augen zum Verhör in ein Behördengebäude gefahren. Russische Geheimdienstoffiziere hätten ihn zu den Protesten gegen die Besatzung befragt, die es seit Wochen in der okkupierten süd-ukrainischen Stadt gegeben habe, berichtete Kniga später lokalen Medien. Sie glaubten offenbar, dass er zu den Organisatoren gehört.

Der Theaterdirektor, der auch Vorsitzender einer lokalen Partei und Mitglied des Regionalrats ist, hatte Glück und wurde noch am Tag seiner Verschleppung vergangene Woche freigelassen. Andere hat es härter getroffen: Von Dutzenden ukrainischen Bürgermeistern, Journalistinnen, Priestern und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft in den besetzten Gebieten fehlt jede Spur. Es wird angenommen, dass sie in der Gewalt des russischen Geheimdiensts sind.

Die Regierung in Kiew wirft den Russen vor, ein Terrorregime in den eroberten Gebieten zu errichten. Nach der Entführung des Bürgermeisters

Mit der Entführung von Bürgermeistern und anderen Persönlichkeiten hoffen die Russen offenbar, den Widerstand zu brechen.

von Melitopol Mitte März sprach der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski von einem Verstoß gegen die Genfer Konventionen, die es verbieten, im Krieg zivile Geiseln zu nehmen. Der Bürgermeister Iwan Federow hatte sich geweigert, nach der Einnahme von Melitopol mit den Besatzern zu kooperieren. Die USA hatten schon im Februar davor gewarnt, dass Moskau eine «kill list» mit gesuchten Personen vorbereitet habe. Die ukrainische Aktivistengruppe Euromaidan SOS veröffentlichte am Samstag die Namen von 36 Personen, die von den Russen verschleppt worden seien. Vermutlich gibt es noch deutlich mehr Fälle. Die Gruppe erinnert daran, dass auch in den «Volkrepubliken» im Donbass seit 2014 Gegner der prussischen Separatisten bedroht, entführt und ermordet worden seien, um den Widerstand der Bevölkerung zu brechen.

Schüsse in die Beine

Auch auf ukrainischer Seite gab es allerdings Hinweise auf Kriegsverbrechen. So tauchte am Sonntag ein Video in den sozialen Netzwerken auf, das die brutale Misshandlung gefangener Russen durch ukrainische Soldaten zu zeigen scheint. Zwar wurden sogleich Vorwürfe laut, die Russen hätten das Video selbst fabriziert, um die Ukrainer anzuschwärzen. Doch gab es keinen Beleg dafür, dass die Szene gestellt ist.

Die NZZ hat das Video verifiziert und ist zum Schluss gelangt, dass es wahrscheinlich am Freitag oder Samstag auf dem Gelände einer Molkerei unweit von Charkiw im Osten der Ukraine aufgenommen wurde. Es zeigt, wie mehrere am Boden liegende und verletzte russische Soldaten befragt und geschlagen werden. Sodann ist zu sehen, wie drei gefesselte Russen aus einem Kleinbus steigen und die Ukrainer ihnen nacheinander in die Beine schiessen.

Ein Berater von Präsident Selenski kündigte an, Ermittlungen einzuleiten. Er erinnerte die eigenen Soldaten daran, dass jede Misshandlung von Gefangenen ein Kriegsverbrechen sei. Schon früher hatte es Kritik am Umgang der Ukraine mit Gefangenen gegeben. Auch publiziert die Regierung im Internet Fotos gefangener oder getöteter Soldaten. Sie will damit die russische Öffentlichkeit aufklären und Moskaus Propaganda unterlaufen. Ein Verstoß gegen das Völkerrecht ist es trotzdem.

Mitarbeit: Forrest Rogers